

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Subskriptionspreis 50 Halbeschilling jährlich (einschließlich Postgebühren). — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Schulze-Wechsungen, Nr. 21, entgegen. — Zentrale, höhere Gewalt und Betriebsleitung entstehen dem Verleger von dem Erlöse für Streifenrechnung und Contoabgrenzung.

Anzeigenpreis: Für die häufigste Nummer: Preis 10 Halbeschilling. — Näheres im Anhangenteil 1. Markt-Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Schulze-Wechsungen, Nr. 21. — Zeitung: Berlin der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Schulze-Wechsungen, Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Schulze-Wechsungen, Nr. 21. — Verlagsdirektor: Nr. 1277.

immer 5 Halle (S.), 30. Januar 1926 2. Jahrgang

In Zeit und Streit.

Wischen ja und nein — Das Kabinett wackelt — Gabenverteilung nach rechts und links — Kommen Deutschnationalen den Schnupfen? — Die 170 Spartaner in der Mitte — Heintücke Sozialdemokraten? — Herrn Dittmanns Broschüre — Der Flottenvorstoß gegen den Kaiser — Die Totengräber der Monarchie — Mit Gott für König und Vaterland — General Walfh kämpft um die Berliner Stellung.

Zwischen ja und nein ist kein Unterschied. Auch das Kabinett Luther wird das erfahren. Von wenigen man hängt sein Schicksal ab, vielleicht von einem Mann, der gerade rechtzeitig am Schnupfen erkrankt Verschnupft aber nicht eigentlich alle. Der Kanzler die lange erwartete Regierungserklärung verstehen und versteht, als Geist über den Wassern zu schweben, immer etwas unbestimmt und gefährlich ist. Kamenfisch, die anderen für den Geist und gefährlich ist. Kamenfisch, die anderen für den Geist und gefährlich ist. Kamenfisch, die anderen für den Geist und gefährlich ist.

worden. So kommen sie besser weg, als wenn die gemächliche Lösung von 20 Millionen Deutschen gebilligt worden wäre. Der Reichstag jedoch wird sich wohl nur bemühen, das Kompromiß zu jucken, das keine Befestigung durch Volkenscheid bedarf. Ein Kompromiß, das den Interessen deutscher Nation entspricht und doch vornehm bleibt. Die Republik muß auf Würde halten. Sie darf nicht undankbar gegen die Fürsten werden, die ihre Pflicht getan haben und in Treue zu ihrem Volke standen, wie der von Baden, nur weil die anderen verlagten. Es werden ja schließlich auch Beamte pensioniert, die keine besonderen Fähigkeiten aufweisen und trotzdem ihre Ansprüche nicht verlieren. Etwas wie Götterdämmerung legt bei den Deutschnationalen ein. Erst kämpfen sie tapfer für ihre Freiheit, die sie in den Novembertagen 1918 ebenso tapfer im Stich gelassen und verraten hatten, dann bekommen sie sich langsam eines bessern. Herr von Freitag-Vorring haben wünscht jetzt sogar reichspolitische Regelung, die sein Parteifreund den Kaiser-Widbau noch vor Walfh als einen anerkannten Redner besprochen hatte. Man soll nicht verzweifeln. Unsere Deutschnationalen lernen zu, wenn sie auch wie Schwachgebädte, jede Klasse zweimal durchlaufen müssen.

über ihn geschlossen. Die Wahrheit dämmert. Wenigstens über Wilhelm Dittmann.

Ungeachtet genug verteidigte sich die Marine. Der von Herrn Gekler zur Ausfunftverteilung entandte Kommissar überschritt seine Befugnisse und verteidigte die kaiserliche Marine, obwohl er für die republikanische zu sprechen hatte. Unbelehrbar wie immer. Und dann wundert sich diese Kreise, daß man unter ihnen Musterung hält. Wundert sich, daß man ihnen die Treue gegen den neuen Staat nicht recht glauben will. Nicht, daß sie ihre Kameradschaft verlangen, verlangen wie von ihnen, aber ein mannhaftes Bekenntnis zur Republik, der sie dienen und deren Uniform sie tragen. Viele von ihnen haben jetzt wieder Kaisers Geburtstag gefeiert. Die Kreuzzeitung, die nach vor kurzem bereit war gegen anfängliche Subventionen vom Kopf die Worte „Mit Gott für König und Vaterland“ zu streichen, himmelt den Schloßherrn von Doorn an und sagt dabei, daß die Monarchie wiederkehren müsse. Damit zwingt sie uns andere, uns immer wieder mit der Person des letzten Hohenzollern zu befassen, der uns eigentlich so herzlich gleichgültig gemorden ist. In einem Interview mit dem Amerikaner Bieder erklärt er, er hätte sich damals keinem Gericht gestellt, auch wenn er ausgeliefert worden wäre, denn er könne von seinesgleichen gerichtet werden und seinesgleichen gäbe es nicht. Was wir ihm gerne befähigen. Somit wären in der Welt nur Republikan. Und nicht erst seit heute.

Zwischen ja und nein ist kein Unterschied. Völligste Kommunisten waren mit ihren Misstrauensanträgen bei der Hand, nur die Deutschnationalen zögerten nieber. Sollten sie sich zu positiver Arbeit bekennen lieber auf Agitation und Pöhlame setzen? Zuletzt unten sie sich in Treue zu ihrer Vergangenheit und tun, daß Verantwortung eine Verleugung sei. Deserschieden sie, wenn auch verspätet, wie immer, mit n taberniklerischen Antrag. Ob sie 50 oder 100-nten dafür stimmen werden, weiß niemand. Sie selbst utlich auch nicht. Zur Not bekommt Herr Hugenberg eicht wieder Herjebwache und bleibt auf irgendeinem thof liegen, wie bei der Abstimmung über das Dawesshen. Das gute Herz will niemanden weise tun. Und man solche Freundesarbeit getan, dann kann man umjor in seinem Blatt Woden hindurch spaltenlange Argegen das Geleß schreiben, das man selbst weder anemen noch abgelehnt hat. Welche Vorlist ehrt den ter.

Leider haben sie sich in der Dolchstoßfrage noch nicht gemaßregelt, oder wir wollen mit der bei ihnen angebrachten Vorlist sagen, sie zeigen es noch nicht. Fürst genug hat man dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß eine Denkschrift der Marine übergeben, die Licht und Schatten über die Vorgänge von 1918 etwas ungeschmacklich verweist. Schlechte Dramatiker pflegen ja immer nur Engel und Bösewichte einander gegenüber zu stellen. Herr Dittmann aber horchte auf. Als nationaler Mann kann er sich den Vorwurf nichtgehen lassen, daß er Meutereien angezettelt hätte. Dann wäre er ja mit schuldig an der Katastrophe, die er früher ja immer mit einem wohlgefalligen Schmuseln betradet hat. Also Herr Dittmann lernt zu. Er will es nicht mehr gewesen sein und hält im Anschluß eine sechsstündige Rede, die nicht nur das Material, sondern auch die Zuschauer erschöpfte. Böse Menschen nennen das eine Mohrenwache. Unschuldswort ist er nicht geworden und schmerzt auch nicht. Er bleibt ein etwas zweideutiger Zeitgenosse. Aber Regie versteht er. Alle Verhandlungen waren bisher nur geheim und von ruhiger Sachlichkeit getragen. Er setzte eine Veränderung durch. Der Herr Angelegte hat, den Ausschluß der Öffentlichkeit aufzuheben. Die Gallerie wollte er nicht mißen, die Befall klatscht. Und es war viel Klatschen und viel Klatsch.

Die Entente aber, die so aufmerksam deutsche Vorgänge beachtet, verwehrt den wilhelminischen Geist und den von Locarno. Sie ist die Zutreiberin unserer Deutschnationalen. General Walfh bemängelt die deutsche Abrüstung, um sich und seine Kontrollkommission am Leben zu erhalten. Wir haben für die petulantien Vorteile, die er davon bekommt, alles Verständnis, aber an Briand und Chamberlain richten wir die Frage, ob sie sich davon eine Förderung der Berufsbündigung versprechen? Sie haben es in der Hand, den neuen deutschen Staat gegen seine innerpolitischen Maulwürfe zu festigen. Richard Wan.

Nach unentschiedener sind die Sozialdemokraten. Sie tragen gar nichts und befallen sich alles vor. Man befallen kann ihnen das Kabinett nicht, das unihren negativen Mitwirkung zustande gekommen ist. Führer wollen sie es auch nicht, denn dann käme nödwie eine Reichstagsauflösung, und schließlich hat niede Ant, Charakter zu verleben. Auflösung würde ertlich keine Stärkung der Partei bedeuten. So enger das menngenschen mit den Kommunisten wird, um so schwaält es den Gestosien, zwischen Herrn Hermann Müller einem der Moskometer zu unterzeichnen. Die Mitte sieht, wie einst die dreihundert Spartaner unter das, es sind leider nur einhundertundfünfzig, mit undert wäre die Mehrheitsfrage gelöst, in dem Engwischen den Oppositionen rechts oder links. Mannwerden sie für ihre Sache kämpfen. Und sollten sie fliegen, so ist ihr Untergang rühmlicher, als der mpf ihrer Gegner.

Die Meuterei heißt eine Meuterei. Angehörige des Heeres und der Marine hatten kein Recht auf Politik. Sie durften nicht bestimmen, was Staatsinteresse erfordert. Allerdings. Zwei Meuterer wurden erschossen. Die anderen, der der Gegenseite nicht, obwohl auch sie gegen kaiserliches Verbot handelten und für die Vaterlandspartei warben. Es ist ja überhaupt merkwürdig, wie unsere Monarchisten sich immer über den Willen des Monarchen hinweg gesetzt haben, wenn er anderer Ansicht war als sie. Nur sie wundern sich noch, daß sie die Totengräber des Systems wurden. Der letzte Flottenvorstoß aber liegt noch im Dunteln. Herr von Trotha meint, Prinz Max habe sich gebilligt. Der Bisjanzler Pauer dementiert das entschieden. Vorläufig ihweigt der Prinz. Sobald er spricht, zieht die Bilder der Erzhöfungen, den Dödel in schwarzweiß-roter Umarmung. Wie ein Kolportage-Roman sieht dieses Gählein aus, und es ist mehr. Es ist ein Rechtsgebäude, das Herr Dittmann gegen sich selbst erhatet hat. Nach diesem Beweis seiner „Loyalität“ sind die Alten

Dr. Hummel über die wirtschaftliche Lage.

In einer sehr stark bejehnten öffentlichen Kundgebung der anhaltinischen Demokraten sprach unser Abgeordneter Staatspräsident a. D. Dr. Hummel. Dem gedankreichen Vortrag entnehmen wir:

Der Hauptfehler der deutschen Politik der Vorkriegszeit lag im Mangel einer aktiven Außenpolitik. Wohl trieb das deutsche Volk Innenpolitik, aber die Außenpolitik war dem Geheimen Kabinettsrat vorbehalten. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo die deutsche Innenpolitik ohne Außenpolitik nicht mehr denkbar ist. Die Innenpolitik dieser Tage stellt drei Fragen:

- die Flucht der Deutschnationalen aus der Regierung,
- die Ablehnung der Beteiligung der Sozialdemokratie und
- die schwierige Sozial- und Wirtschaftskrisis.

Regierungskrisis

ist entstanden, weil die Deutschnationalen nicht den Weg der Berufsbündigung mit dem Ausland gehen wollten. Sie begründeten den Schritt damit, daß ihnen Locarno nicht genüge.

Die wahre Ursache war der anormale Gemütszustand der deutschnationalen Wähler, der infolge der eigenen Verheerung dazu führte, daß die Wähler der Proving die Parteileitung zwangen, die Minister juristisch zuziehen. Der Zustand ist derart, daß die Deutschnationalen durch ihr unerantwortliches Verhalten in unabsehbarer Zeit völlig regierungsunfähig sind. Die Notwendigkeit zur Berufsbündigung wäre mit oder ohne Versailles gekommen. Es gab gar keinen anderen Weg seit den Tagen des Zusammenbruchs, als der, den Deutschland mit seiner Außenpolitik gegangen ist. Der Versuch, die Deutschnationalen in dieser Politik regieren zu lassen, ist auf das Nächstgste gescheitert. Alle Fehler,

Die Grenzen auf der linken verweisen sich. Gemeinhalt man das Volksgehören beantragt und wird den sensstisch mit vereinten Kräften fördern. In dieser esche zeigt sich wieder, daß die bessere Hälfte auch die ere ist. In dem unpringslichen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten war noch von Renten für die pensionierten ten die Rede. Der gemeinsame Antrag ist radikal. Entschädigung. Und damit wollten vielleicht die abotenarten in ihrer Klugheit den Kommunisten lo leise und von hinten einen Dolchstoß verlesen. Sie n sich wohl, daß ein Vorstoß der Billigkeit auch erliche Stimmen auf sich vereinigen und so zum Ziel n könnte. Durch seine Radikalisierung wird er nahezu schlußlos. Man soll also die Sozialdemokraten nicht üben, die offenbar nur die um Talmann und Höllein ngen wollten. Für eine Ehe sind allerdings solche en Schließungen nicht immer ganz unbedenklich. Aber Prüfteln ist zweifellos damit ein Gefallen erwiesen

... (faded text at the bottom left)

die die Deutschnationalen den Erfüllungskabinetten vorgeworfen haben, haben sie in der Regierung selbst gemacht. Die Deutschnationalen fanden bis zu ihrem Austritt unter dem Druck der Straße. Und eine tolle Sache wie die Ministerkonferenz des Herrn Schiele wird man bei der angeleglichen „Futtertrippenswirtschaft“ der republikanischen Kabinette der Gegenwart suchen.

Wer hätte es gedacht, daß der Name Hindenburg in so kurzer Zeit bei den Deutschnationalen zu so Mißkredit gebracht wurde. Sie überschütteten ihren eigenen Heerführer Hindenburg mit demselben Schmutz, wie seinen Vorgänger Fritz Ebert. Man sieht also, wie weit es bei den Deutschnationalen mit der deutschen Treue her ist.

Ich habe es auf das höchste bedauert, daß die Sozialdemokraten trotz der Mahnung ihrer Besten dem Druck der Straße gewichen ist. Ich bedauere es umso mehr, als dadurch das Zustandekommen der Großen Koalition auf die nächste Zeit unmöglich wurde.

Die Demokratische Partei war in der Wahl der Ministerien gebunden, da die meisten schon besetzt waren. Deshalb blieben den Demokraten nur das Innenministerium und das Finanzministerium. Es ist kein Versteher der Demokraten, diese zu verlangen, sondern sachliche Notwendigkeit.

Nicht der Parlamentarismus befindet sich in der Krise, sondern diese letzte Methode, die man angewendet hat. Hoffentlich wird Herr Luther beim nächsten Kabinett sich einer besseren Technik bedienen.

Die Dinge liegen aber so, daß in einem Staat, gegen den man sich geht, die Staatsfreundschaft nicht wachsam kann.

Den Staatsgeboten hat niemand mehr getreut, als die Herren der Rechten, indem sie diesen Staat verächtlich machten.

Die Reichsgründung, das alte Reich der Rechten, war ein Werk des deutschen Volkes, weniger eines der Dynastien. Es ist eine Sache des Geschmades, angelehnt der wirtschaftlichen Lage Deutschlands solche Ziele anzubringen zu fordern. Sie sind eine politische Frage, denn das Verhältnis des Staatsrechts zum Völkervertrag war nie rechtslos. Wir können keine zivilrechtliche Lösung zulassen, da wir nicht wollen, daß die deutsche Republik zum Geißel der Nationen werde.

Die Wirtschaftskrisis Deutschlands liegt zum großen Teil in der fehlenden inneren Konjunktur.

Den einzelnen Kaufmann und Kleingewerbetreibenden als Schuldigen der Teuerung hinzustellen, ist falsch. Nützlich ist der Abbau wo anders. Dazu kommt die Krise der Landwirtschaft, deren geringe Konjunktur für die Industrie und den Arbeitsmarkt fatalistisch wirkt. Der Silberstreifen am Horizont ist die Kreditation der Goldabstufung.

Nun aber ist die deutsche Wirtschaftskrisis nur ein Teil der Weltkrisis. Alle organischen Krisen haben aber einen politischen Grund, nämlich die politische Unsicherheit in der ganzen Welt.

Ein weiterer Grund der Unsicherheit ist die Tatsache der interalliierten Kriegsschulden, welche die Finanzwirtschaft der Welt beunruhigen. Eine Entspannung kann nur eintreten, wenn politische Ruhe eintritt. Politisch ausgedrückt bedeutet dies die Notwendigkeit der internationalen Verständigung.

Hier liegt der Weg aus der deutschen und der Weltwirtschaftskrisis.

Amerika gibt uns ein Vorbild. Dieser ungeheure Wirtschaftskomplex führt uns, daß auch wir zu einem großen europäischen Wirtschaftskomplex ohne Zollschranken kommen müssen.

Eine Konsolidierung der Wirtschaft kann nur kommen, wenn auch der Staat sich konsolidiert. Wirtschaftlich gesehen, brauchen wir den deutschen Einheitsstaats. Unser Stolz soll das schwarze rote goldene

Großdeutschland, die uralte demokratische Forderung sein.

Nicht endenwollender Beifall lohnte den demokratischen Redner. Dr. Rauff, der Leiter der Kundgebung, brachte unter braunlichen Hochrufen das Gedächtnis zum Großdeutschland zum Ausdruck und gedachte der Wiederkehr des Reichsgründungstages.

Das Programm der deutschen Not

Die Deutschnationale Volkspartei, deren wirtschaftspolitisches Können in den Jahren der Wirtschaftskrisis und Finanznot des Jahres 1925 für alle Zeiten festgelegt ist, verpflichtet unter dieser Heberschrift einen Wirtschaftsausschuss. Die Demagogie, der darin enthaltenen Ausführungen schließt sich würdig der Tat, an, die die Deutschnationale Volkspartei einmal als Oppositionsgruppe, das andere Mal als Regierungsträger schon in der Vergangenheit beobachtet hat und wie sie besonders in der Behandlung der Aufwertungsfrage noch in aller Gedächtnis ist.

Die Deutschnationale Volkspartei, die mit ihren 48 Tagungen seiner Zeit die Annahme der Dawesgeleihe ermöglichte, macht jetzt die Dawesgeleihe zum Ausgangspunkt aller gegenwärtigen Ziele. Man darf es den früheren Tagungen überlassen, wie sie sich mit der scharfen Beur-

auch durchsetzte, die sich praktisch in der Zukunft in der Erhöhung der ordentlichen Dauerläsen aus den Darlehen auswirken wird.

Kein diesem unwahrscheinlichen Zeitmotiv, daß dieser Wirtschaftsausschuss nichts, was irgendwie ein wirtschaftspolitisches Gegenwartsprogramm angeht, werden könnte. Die Kreditpolitik der Reichsbank wird kritisiert, die Handhabung der Außenhandelsmischel beanstandet, über die Auslandsverpflichtung deutschen Wirtschaft bittere Klage erhoben. Aber gerade mit ein positiver Vorschlag gemacht, wie diese Lage praktisch anders zu regeln wären. Man fordert die Kreditwirtschaft und billigen Zinsfuß, überläßt es der Günstigkeit der Angehörigen der Deutschnationalen Volkspartei, die Hoffnung zu legen, daß die Deutschnationalen wissen, wie man solche Dinge schafft. Man verlangt die Stärkung des inneren Kapitalmarktes, Zurückdrängung der Auslandskredite, verschärft aber, auf welchen Weg man dem Kapitalmarkt in Deutschland aus sich selbst aus die Kräfte glaubt zuführen zu können, die heute wenig sind, um die deutsche Produktionskapazität zu möglichst voller Entfaltung und damit zu möglichst reichhaltiger und weltwirtschaftlich lohnrentenzugfähiger Wirkung zu bringen. Man fordert Steigerung der Produktion, Steigerung der inneren Marktes, überläßt aber dem Empfänger des Wirtschaftsausschusses die Überlegung, wie die im Rahmen eines vernünftigen geordneten volkswirtschaftlichen Programms durchaus begünstigten Forderungen verwirklicht werden können, wobei es ja viele zweckmäßige Mittel zu verschweigen, daß gerade die Finanzpolitik und die Zollpolitik der Deutschnationalen und die Minister v. Schlieffen und Neufhaus in sehr starkem Maß dafür verantwortlich zu machen sind, daß die deutsche Produktion und insbesondere auch die deutsche Agrarwirtschaft vor einer so weit überforderten Schwächung des inneren Marktes steht.

Man fordert die Beibringung des öffentlichen Aufwandes, übernimmt aus der demokratischen Kritik des Jahres den Vorwurf, daß die öffentlichen Ausgaben nach der feuerlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft richten hätten, wobei nur die Frage offen bleibt, warum wenn man es mit einem derartigen Vorwurf ernst macht, die Deutschnationale Volkspartei im vorigen Jahre in die finanzpolitische Kritik der Demokratischen Partei über die Lebensweise unterläßt hat. Man fordert eine Orientierung auf dem Gebiet der Tarifpolitik für Kleinbahn und Kleinindustrie. Nur will es uns scheinen, daß die Deutschnationale Volkspartei als Regierungspartei die Anregungen der Demokraten auf Veränderung der Tarifpolitik angeht, auf stärkere Beeinflussung der Tarifpolitik durch das Parlament mit jenerzeit recht befremdlich wirkenden Lobeshymnen auf die Tüchtigkeit der Tarifpolitikverwaltung und auf die Berechtigung der dort verordneten Politik beantwortet hat.

Kritischer und schwächer hat wohl kaum je eine große Partei in den wichtigsten Tagesfragen Stellung genommen. Unklarer und verworrenere ist noch nie irgend ein Anspruch auf „Rechtung des Staates und der Wirtschaft“ geltend gemacht worden. Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre parteipolitische Kraft durch die demagogische Ausbeute des nationalen Abwehrwillens des deutschen Volkes gegen fremde Willkür und Bergemühtigkeit gewonnen. Je mehr der Weg zur Verständigung und zum Wiederherstellung der Freiheit und des Rechts des deutschen Volkes frei wird, umso deutlicher tritt in der Erscheinung, daß sonst — abgesehen von großartigen Sonderinteressen — in dieser Partei kein positiver Auspost will, kein verantwortliches staatspolitisches Wollen gegenüber den Problemen der Gegenwart vorhanden ist. Wenn man bisher schon der Auffassung war, daß die Deutschnationalen Volkspartei jede innere Auflockerung, so hat man jetzt festzustellen, daß dieses neue Wirtschaftspolitische hierfür als ein erneuter und schlagkräftiger Beweis anzusehen ist.

Man muß Rat geben aber auch Rat hören.

D. D. B. Halle
Donnerstag, den 18. Februar, wird in unserer
abends 8 Uhr im oberen Hofsaal stattfindenden
Mittelsitzungsversammlung
Chefredaktion
Georg Bernhards
über
äußere u. innere Politik
sprechen. Es erfolgen noch nähere Bekanntmachungen.

teilung, die jetzt von der Gesamtheit ihrer Partei ihnen gegenüber ausgesprochen wird, abfinden. Zufälligkeiten ist aber vor allem, daß es eine demagogische Frage ist, wenn das Wirtschaftsprogramm der Deutschnationalen allen übrigen Ausführungen die Behauptung voranstellt, daß schon im ersten Jahre der Geltung des Dawesplanes die Taschen des Reiches sich durch diesen um 1000 Millionen erhöht hätten.

Tatsache ist, daß die Dawesgeleihe für das erste Jahr für die Wirtschaft und für den Reichshaushalt ein volles Moratorium vorliegen.

Tatsache ist, daß der dem Deutschnationale Finanzminister von Schlieffen der deutschen Wirtschaft die Wirkungen dieses Moratoriums durch seinen übertriebenen Fiktionalismus vorkantelt hat.

Tatsache ist, daß die Deutschnationale Volkspartei mit ihrem damaligen Reichsfinanzminister die Schuld daran trägt, daß entgegen dem fortdauernden Drängen der Demokratischen Partei die Einnahmen des Reiches fortdauernd den ursprünglich vorgelegten Reichshaushaltsplan übersteigen, daß der Ausgabebereitschaft des Parlamentes nirgends eine Schwärze gelegt war und man sich nirgends bei Neubemilligungen über die einmalige Beschaffung von Deckung den Kopf zu zerbrechen brauchte.

Tatsache ist, daß der dem Deutschnationale Finanzminister mit voller Unrechtfertigkeit seiner Partei eine Verbrauchssteuererhöhung (Wier und Tabak) erstrebte und teilweise

die von Innungen und Innungsverbänden ausgehenden bloßen Empfehlungen in vielen Handwerkszweigen die gleiche Wirkung übten wie rechtlich bindende Festsetzungen. Selbstverständlich hat die Reichsregierung durchaus den Deutschen Handwerks- und Gewerbetätigen und die Handwerkskammern als mitwirkende Organe bei etwaigen behördlichen Eingriffen in die Frage mitzueingebunden, indem ausdrücklich festgelegt wird, daß nur solchen Eingriffen die genannten Ständeververtretungen gehört werden sollen.

So wie grundsätzlich die Reichsregierung in den genannten Vorschlägen eine Sicherung des freien Wettbewerbs erstrebt, soll auch die weitere Neuordnung, das geistlich den Innungen zugehörende Recht, in gewissen Fällen der Beamtung von Kreisen oder der Preisunterbindung Ordnungsstrafen zu verhängen, grundsätzlich zuzunehmen und nur Fälle des unlauteren Wettbewerbs in der bisherigen allgemeineren Bestimmung zu belassen, diesen Ziele dienen. In dem gleichen Abschnitt wird dann weiterhin verlangt, geistlich, Bestimmungen festzusetzen, die den Verkehr mit Brot erleichtern, als bisher übermäßig lassen. Für die Gestaltung des Brotpreises bestehen gegenüber dem Reichsgebiet zwei Systeme. In Berlin und vielen anderen Städten ist der Gebotpreis, der für das Brot zu liefern ist, gesetzlich, während in für diesen Gebotpreis zu zahlen ist, gesetzlich, während die für diesen Gebotpreis zu liefernde Mengemenge je nach dem Maßstab steigt oder sinkt. In anderen Gebieten, insbesondere in Mittel- und Süddeutschland wird die Preisänderung beim Brot fest durchgängig in dem veränderten Gelddertrag ausgedrückt, während das Brotgewicht so gleich bleibt. Durch eine ergänzende Bestimmung zum § 73 der Gewerbeordnung soll jetzt den obersten Landesbehörden die Anordnungsbezugnis zuerkannt werden, daß das Brot nur in Laiben eines bestimmten Gewichtes festgehalten

werden darf und daß die Bäcker und Verkäufer von Badmar Brot, dessen Gewicht vorgeschrieben ist, nur feilhalten dürfen, wenn das Gewicht auf dem Brot durch eingedruckt Stempel bezeichnet ist.

Ueber das Ergebnis der bisherigen Beratungen des Reichswirtschaftsrates ist bisher noch nichts Entschieden bekannt geworden. Im Interesse freier wirtschaftlicher Betätigung von individueller lebender Konkurrenzarbeit wird man grundsätzlich die Anregungen der Regierungsvorlage begrüßen dürfte Gerade, wenn man berücksichtigt, daß das Handwerk als Träger besonderer individueller Qualitätsarbeit und als Behälter qualitativ durchgebildeter Arbeitsträger für unsere bei entwicklung der Industrie besondere Aufgaben von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung zu erfüllen hat, muß man mit der festesten Sorge die Bestrebungen aus einzelnen Kreisen des Handels betrachten, die auf ein allseitiges Zurückweichen auf zu frühen zünftlerischen Zwang hinaus. Bekanntlich geht die oben dem zuständigen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums vorbereitete Handwerksordnung, deren endliche Vorlage leisten der Regierung man hoffentlich in absehbarer Zeit ebenfalls erwarten darf, nach dieser Richtung hin sehr weit. Gerade aus Kreisen, in denen lebendiger freier handwerklicher Geist noch herrscht, ist schon seit langem gegen die Gefahr zünftlerischer Bürokratisierung und Schwächung der handwerklichen Arbeit angekämpft worden. Wenn jetzt die Regierungsvorlage erkennen läßt, daß man im Reichswirtschaftsministerium insbesondere in den Kreisen der Handwerkspolitik über die Bedeutung der freien Wirtschaft sich völlig klar geworden ist, wird man hoffen dürfen, daß auch die kommende Reichshandwerksordnung einen solchen Geist nicht vernichten lassen wird.

Schulleiten

Abänderung der Gewerbeordnung.

Die Reichsregierung hat unter dem zum Teil führenden Titel: „Gesichtspunkt zur Förderung des Preisabbaues“ vor kurzem dem Reichswirtschaftsrat eine Gesetzesvorlage vorgelegt, die neben anderen verschiedenen Materialien (Neuordnung des Konturrechts, Abänderung der Kartellverordnung, Maßnahmen gegen Ringbildung bei Vergebung öffentlicher Aufträge) auch eine Abänderung der Gewerbeordnung vorsieht.

Die diesbezügliche Begründung der Regierungsvorlage weist vor allen Dingen auf die Notwendigkeit hin, daß in Ansehung an die Bestimmungen der Kartellverordnung den Reichs- und Landesbehörden das Recht gegeben werden muß, den Innungen und Innungsverbänden zu unterlegen, Preise, Arten der Preisfestsetzung und der Preisermittlung sowie Geschäftsbestimmungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekannt zu geben. Wenn über die den Kartellen gegenüber beobachtete Handhabung hinaus auch Empfehlungen und Bekanntmachungen außer Kraft gesetzt werden sollten, so geht hierbei die Regierung von der Ermüdung aus, daß dies durch die besonderen Verhältnisse der hier in Betracht kommenden Wirtschaftskreise begründet sei. Ein in Handwerkskreisen fast ausgeprägtes Zusammenhörigkeitsgefühl und eine lebendige Vorkennung von Standeserben, verbunden mit einer im allgemeinen festzufeststellenden geringeren Durchbildung des Einzelnen in der Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge hätte zur Folge, daß schon

Aus Parlamenten und Parteien

Demokratie und Landwirtschaft. Bei der Beratung des Haushalts für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist ein Antrag der demokratischen Reichstagsfraktion angenommen worden, nach dem die Reichsregierung ersucht werden soll, angeht die außerordentlich großen Gefahren, die der landwirtschaftlichen Produktion drohen, weil es der Landwirtschaft an den nötigen Mitteln zur Beschaffung von künstlichem Dünger fehlt, unverzüglich dafür zu sorgen, daß unter Mitwirkung aller beteiligten Organisationen, insbesondere der Reichskammer der Landwirtschaft die nötigen Dingenmittel durch entsprechende Kreditlinie zugewiesen werden.

Nach einer weiteren Entschloßung der demokratischen Reichstagsfraktion, die ebenfalls angenommen worden ist, wird die Reichsregierung ersucht, unverzüglich im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Kreditinstituten die Wiederbeschaffung von Realrediten für die Landwirtschaft in die Wege zu leiten.

Wirtschaftsparteier gegen die Beamten! Die Mittelständler hielten in Kassel eine öffentliche Versammlung ab, in der der Architekt Collofer-Berlin sprach. Nach dem Bericht der „Kasseler Zeitung“ äußerte sich diese Größe der Wirtschaftspartei u. a.:

„Man sagt dem Handel, Handwerk, Gewerbe und Grundbesitz nach, daß sie schon seien an den teuren Verhältnissen. Das ist nicht wahr. Inzwischen, Mäher des Staates u. d. jetzige Beamtenpolitik sind die Ursachen. Das arme deutsche Volk kann sich den großen Beamtenapparat nicht leisten. Es geht nicht an, daß der teure Beamte immer noch Forderungen stellt. — Wir können nur wieder hochkommen, wenn das Beamtenum so außer die Maß zurückgeführt wird. Ich rufe Sie zur Bekämpfung dieser gefährlichen Ratten auf, die im Begriff sind, Handel, Handwerk, Gewerbe, und Grundbesitz mit Haut und Haaren zu verschlingen.“

Diese unerbötigen Beschimpfungen gegen die Beamten wurden nach dem Bericht genannter Zeitung mit lebhaften Beifall aufgenommen. Handel, Handwerk und Gewerbe leben von den Einkommen der Beamten, gerade die Erwerbstätigen haben ein Interesse daran, daß die Beamten — die nebenbei bemerkt auch zum Mittelstand zählen — ausreißend bezahlt werden. Dies scheint man bei den Erwerbstätigen in Kassel nicht einzuholen. Dagegen werden sich die Beamten die Herabsetzung durch einen Wirtschaftsparteier zur Wehre, sie werden die ehrenwerte Gesellschaft des Herrn Collofer meiden.

Um die Wahlrechtsreform. Zu den bisherigen Mitteilungen über die Wahlrechtsreform erzählt der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß es sich hierum ein völlig unverständliches Durcheinander handelt. Das neue Kabinett hat zur Frage der Wahlrechtsreform natürlich noch nicht Stellung nehmen können. Anmerken sind die Vorarbeiten für diese Reform in gewisser Weise soweit vorgezeichnet, daß an eine grundsätzliche Erörterung der Frage gedacht werden kann. Bei den bisherigen Erörterungen der Frage sind davon aus, anstelle der 35 Wahlkreise 150 zu schaffen. Es sprechen aber gute Gründe dafür, die Wahlkreisung der Wahlkreise noch mehr durchzuführen und in ganzen 250 Wahlkreise zu bilden. Gleichzeitige ist eine Herabsetzung des Wahlalters erwogen worden. Dabei ist man nicht dem deutschen nationalen Antrage gefolgt, der das Wahlalter auf 25 Jahre herabzusetzen wissen will, sondern die bisherigen Erörterungen bewegen sich in der Richtung, das Wahlalter auf 21 Jahre festzusetzen. Nach der Entscheidung des Reichstages über das Wahlalter wird sich die Stimmenzahl richten, die für den einzelnen Abgeordneten aufgebracht werden muß.

Zurufen in der Landwirtschaft! Am landwirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages stand ein Antrag zur Beratung, der darauf abzielt, wissenschaftlich gebildete Landwirte in höheren Stellen der preussischen Landesverwaltung zu verwenden. In der sehr lebhaften Aussprache stimmten alle Parteien diesem Antrage zu. Von den Ämtern legte man freilich Beschränkungen, daß die Einweihung von Landwirten in die allgemeine Landesverwaltung die politische Einstellung dieser Behörde noch mehr nach der reaktionären Seite hin beeinflussen könnte. Auf der rechten Seite bemühte man sich nachzuweisen, daß es ein natürlicher Zustand wäre, wenn bisher landwirtschaftliche Fachleute nicht nicht in die Verwaltung gekommen wären, als ob die landwirtschaftlichen Hochschulen nicht schon mehr als ein halbes Jahrhundert beständen.

Abg. Meinde (Demokrat) schilderte, in wieweg geringem Maße bei den Landesverwaltungsstellen die landwirtschaftliche Lehntätigkeit einfließt hat. Die früheren General-Kommissionen, die Vorgänger der heutigen Landesverwaltungsstellen, haben vor dem Kriege die beiderseitige Zahl von Landwirten von Jahr zu Jahr verringert, und das einzige landwirtschaftlich vorgebildete Mitglied innerhalb der Provinzialräte hatte nur einen sehr bescheidenen Einfluß. Die gesamten leitenden Stellen der Präsidentschaft und der Spezialkommissionen waren durchweg von Juristen besetzt. Diese Kommissionen waren durchweg von Juristen besetzt. Die meisten dieser Stellen sind nun nicht so sehr zu Tage, weil die Arbeiten, die in den schwierigen Zusammenhängen und Anordnungen von Grundstücken befinden, von den Landesämtern aus, best. durchgeführt wurden. Die einseitige Beförderung der Landesverwaltungsstellen ist sehr deutlich bei denjenigen Gebieten geworden, in denen die landwirtschaftliche Erziehung die Hauptrolle spielt. Der Rechner richtete die Anfrage an den Regierungsvertreter, in welchem Umfange denn überhaupt bei der allgemeinen Landesverwaltung, z. B. in den Abteilungen für Landwirtschaft, Domänen und Forsten der Bezirksregierungen, landwirtschaftlich vorgebildete Beamte sich in leitenden Stellen befinden. Ministerialdirektor Dr. Arnoldi gab

die Erklärung ab, daß das preussische Landwirtschaftsministerium seit einigen Jahren (d. h. nach dem Kriege) auf dem Standpunkt stehe, daß mehr Landwirte in der Staatsverwaltung Verwendung finden müßten. Bis heute befindet sich aber bei den 33 Abteilungen der Bezirksregierungen und Domänenjahren bearbeiten, noch nicht ein einziger landwirtschaftlich vorgebildeter Beamter. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß ferner bei der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands das gesamte landwirtschaftliche Schulwesen durch die Staatsverwaltung von den Bezirksregierungen aus gefördert wird und daß alle Kreise in der Landwirtschaft, ob groß oder klein, zu einer höheren landwirtschaftlichen Leistung erzo-gen werden. Der landwirtschaftliche Ausschuss beschloß darauf hin einstimmig, die Staatsregierung zu ersuchen, in allen geeigneten Stellen der Reichsregierungen und Landesverwaltungsstellen in erster Linie wissenschaftlich und praktisch gebildete Landwirte einzustellen. Es ist zu hoffen, daß der Vorschlag sich diesen Befehl annehmen wird und daß, wenn geeignete Männer in diese wichtige Laufbahn eingereicht werden, ihnen dann auch die Möglichkeit einer freien Betätigung eingeräumt wird.

Keine Mandatsrückforderung des Grafen von Bernstorff. In einigen Zeitungen ist mitgeteilt worden, daß der demokratische Abgeordnete Graf von Bernstorff sein Reichstagsmandat niedergelegt hätte. Diese Nachricht ist völlig aus der Luft gegriffen.

Demokratische Landtagsfraktion und Besatzungsgruppen. Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat nachstehenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie durch Verhandlung mit den Besatzungsmächten die baldige Herabsetzung der Besatzungsgruppen auf die in der Note der Besatzungsmächte vom 16. November 1925 zugesicherte Stärke von etwa 45—50.000 Mann zu erreichen vermag.

Siebens Kampf um das Recht. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat den Revisionsertrag des demokratischen Lehrers und Gemeindevorstehers Siebens abgelehnt. Siebens war von Landesgericht Arnich wegen angeleglicher Wahlfälschungen zu der angeordneten Strafe von einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte bei seiner letzten Entscheidung nur die Rechtsfrage nachzuprüfen, über die tatsächlichen Unterlagen des Urteils konnte eine Nachprüfung nicht vorgenommen werden. Hier aber gerade liegen die Gründe für den Vorwurf des Arnicher Landgerichts, das in durchaus einseitiger Weise den Besatzungsgruppen Glauben schenkte und das die Aussagen der Entlassungszeugen als unzulänglich bei der Urteilsfindung unerschütterlich ließ. Der Revisionsertrag hat jetzt zwar zugewiesen, daß die Feststellungen des Landgerichts in zwei Punkten mangelhaft und in einem anderen widersprüchlich seien. Da jedoch die Möglichkeit bestände, diese Widersprüche durch entsprechende Auslegung aufzuklären, so mußte er beantragen, den Revisionsertrag zurückzuweisen. Wenn auch dieser Antrag jetzt zurückgewiesen worden ist, so ist damit der Kampf um das Recht des Lehrers Siebens nicht zu Ende. Siebens darf überzeugt sein, daß er diesen Kampf nicht allein zu führen braucht. Es ist demokratische Ehrenpflicht, Mitstreiter in diesem Kampfe zu sein, und alle ge-

Nationale Erbauungsstunden im Kino. Seit dem Fridericus Rex Film hört es nicht mehr auf; alle wollen sie die „nationalen“ Konjunktur ausnützen und in der letzten Zeit regnet es nicht so an derartigen Vorführungen: ein Hindenburgfilm, ein Bismarckfilm, ein Marinefilm, wieder ein Fridericusfilm und andere sollen folgen. Schade nur, daß wir nicht auf den neuesten Höhepunkt gekommen sind; Wilhelm II. in Doorn, der bestmännlich dem Auslande nicht vorzuzulassen bleibt. Aber vielleicht ist es zu natürlich? Von den „nationalen“ Filmen (das Wort national wird bald ebenso unbrauchbar sein, wie das Wort vaterländisch, seit beide zur Bezeichnung von Parteien verwendet werden) kann man das nicht sagen. „Kolt in Not“ der Hindenburgfilm zeigt den Krieg in so harmloser Weise, daß er kaum von einem Wandler zu unterscheiden ist, der Bismarckfilm hört 1871 auf, wo höchste und militärische Bilder gegen die zivilen zurücktreten, etwa die vom Kulturkampf, der Sozialistenerregung und so weiter, und da würde doch mancher Zuschauer etwas daran finden, besonders wenn es zur Regierung Wilhelm II. kam.

Diese Filme sind vielfach ausgezeigt und wir haben garrnisch dagegen, daß unsere Freunde und andere sich diese lebenden und doch gefälschten Bilder zum Anfechtung ansehen. Wir warnen nur davor, sich einer künstlich erzeugten Stimmung hinzugeben, hinter der nicht nur geschäftliche sondern auch politische Absichten stecken. Wer aus dem Kinomerkmal der Kaptenheimer lennen geht aus einem Rundfunk hervor, den das Filmhaus Brandmann den Kinobesuchern schenkt, um ihnen zu zeigen, wie sie den Bismarckfilm propagieren sollen; da wird empfohlen, die Besucher durch Massenabakt an Vereine und dergl. anzuregen und es werden folgende Gruppen als zur Bearbeitung geeignet aufgeführt: Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppen der Reichsvereine, Ortsgruppen der Demokratischen Partei, Deutscher Pfadfinderverband, Jungdeutscher Orden, Stahlhelm, Bismarckbund, Ortsrat der Deutschen Bauernverbände, die anderen Bauernvereine, Jagd- und Schießklub und Schützenvereine, die Gewerkschaften, eine Anzahl von Sportvereinen.“ Aus dieser Liste läßt sich manches lernen, unter anderem, daß auch von den Demokraten erwartet wird, daß sie auf die Reimute fliegen, daß man über die politische Einstellung vieler Jugend-, Schützen-, Sportvereine durchaus im klaren ist.

Aber nicht ausschließen sondern auch politische Dankschreiber stehen hinter den Kulissen. So gibt es eine eigene Vereinigung, die den Film in den Dienst rechtsgerechter Propaganda stellt und Anteilnahme dafür ausübt, die natürlich auch in unseren Städten vertrieben werden. Wieder läßt die Republik sich mehr gefallen, als sie vorantreiben kann. Wir hoffen, daß die republikanischen Parteien und Behörden diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und richten daher auch einen Appell an die Demokraten.

Die Filmindustrie und die Kinobesitzer seien gewarnt! Sie beginnen ein gefährliches Spiel, das eines schönen Tages leicht zu ihrem Schanden ausfallen könnte.

Albert Thomas beim Gewerkschaftskongress. Der Berliner Aufenthalt des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, sollte vor allem dazu dienen, Thomas mit den Spitzen der Behörden sowie der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Organisationen in persönliche Fühlung zu bringen. Bei einer Unterredung, die Thomas mit dem Reichsminister Dr. Luther, dem Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und dem Reichspräsidenten Dr. Schacht hatte, gab er seiner großen Verehrung über den Berliner Besuch Ausdruck. Mit besonderer Betonung stellte er fest, daß er in Berlin eine durchaus positive Einstellung für die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes angetroffen habe. Bei den Besuchen, die Albert Thomas den Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften abstatte, war für ihn besonders eindrucksvoll der Besuch beim Vorstand des Gewerkschaftskongresses deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten in Erlangen. Bei dem Besuch des Hauptverwaltungsorgans der Angestellten in Berlin-Zehlendorf fand eine eingehende Besprechung statt über die Organisation der deutschen Angestelltenbewegung und ganz besonders über den Gewerkschaftsbund der Angestellten sehr anerkennend aus. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, Hauptgeschäftsführer Gustav Schneider brachte in seinen Begrüßungsworten zum Ausdruck, daß die freiwirtschaftlich-politische Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes seinen Anteil nehme. Im Zeichen der Weltwirtschaft sei die Sozialpolitik der europäischen Nationen in internationaler Zusammenarbeit zu fördern. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses betonte, daß die „neutrale“ Gewerkschaftsbewegung allerdings den lebhaftesten Wunsch habe, in Zukunft beim Internationalen Arbeitsamt in Genf eine genügende Vertretung zu finden, denn auch hier seien für die internationale Sozialpolitik wertvolle Kräfte vorhanden, die für die Arbeiten in der Internationalen Arbeiterorganisation von großer Bedeutung seien. Direktor Albert Thomas erkannte in seiner Antwort die Berechtigung der vom Gewerkschaftsbund zum Ausdruck gebrachten Wünsche. Er erklärte, daß er für die Zukunft eine stärkere Berücksichtigung der Angestelltenbewegung in der internationalen Arbeiterorganisation für erforderlich halte. Ganz zweifellos lände die deutsche Angestelltenbewegung und auch die im Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen an der Spitze in der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müng, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Dessau.

Kostenlos
verleihen wir
Probennummern

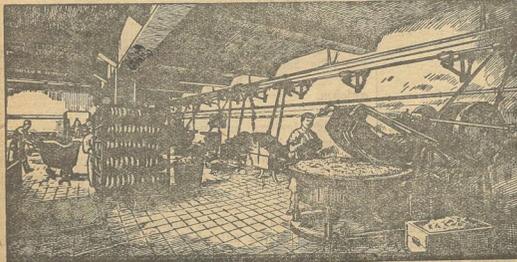
Anschriften an den Verlag
in Magdeburg, Breitenweg 139/140.

recht denkenden Menschen solltet sich in die Kampffront einreihen, um einen Mannes Ehre und Ansehen wieder zu verschaffen, dem es ungerechtfertigt genommen worden ist.

Der demokratische Führer Koch hat an den Landtagsabgeordneten, Landgerichtsdirektor Dr. Stenbel, Osnabrück, einen offenen Brief gerichtet, in dem er die Angriffe zurückweist und die Behauptungen widerlegt, die Stenbel in der Landtagsitzung am 15. Dezember 1925 zu der Strafsache des Lehrers und Gemeindevorstehers Siebens gemacht hat. Koch weist vor allem auf den Wortlaut der unzulässigen Äußerung wegen Stimmensatzes hin und fragt, ob wegen dieses Tatbestandes, selbst wenn er erwiesen wäre, sich irgendwo sonst ein objektiver klarstehender Stimmensatz gefunden hätte, der deswegen Äußerung wegen Stimmensatzes erhoben hätte und ein Gericht das Hauptverfahren eröffnet haben würde.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



Achtung!
Fleisch und Wurstwaren billiger!
Frisches Schweinefleisch

in allen Lagern.

Bauch	120	Leberwurst	136
Karbonade	130	Sülze	136
Nacken und Blatt	130	Zungenwurst	180
Schnitzel	150	Blockwurst	200
Schweinefilet	150	Bratwurst	170
Nacken, gef.	132	" pol.	170
Raffler Rippesteer	144	" harte	200
Bödel	90	Mettwurst	170
Eisbeine	78	" gek.	170
Schweineköpfe	70	Schinkenwurst	150
Schweineknochenfleisch	35	Jagdurst	160
Schälrippe	80	Knoblauchwurst	140
Flomen	130	Schlackwurst u. Salami	230
Gehacktes	140	Lachschinken	240
Niere	120	Schinken, gek.	240
Flomenschmalz	140	Schinkenpeck	200
Wurstschmalz	110	Rippenpeck	160
Rotwurst I	136	Speck, fetter	140

Prima Rinder-Gefrierfleisch

allerbeste Qualität zu herabgesetzten Preisen.
 Filet und Rouladen 80 Pf.
 Braten 80 Pf.
 Roastbeef und hohe Rippe 70 Pf.
 Gehacktes 70 Pf.
 Kochfleisch 58 Pf.

Photographie!

Großer Preisabbau in Photographien, Postkartenaufnahmen und Paßbildern. Die Preise sind so niedrig gestellt, daß selbst der weniger Bemittelte sich ein bestens ausgeführtes Bild leisten kann.
Nugo Paulsen, AlleeUlrichstr. 18

Gesellschaftshaus „Freundschaft“

Prälantenstraße 32.
 Fernruf 1122
Jeden Sonntag Gesellschaftsball
 Exakt. Musik Anfang 4 Uhr



Besuchen Sie
das Warenhaus Gebr. Barasch
 während der
Wäsche- und Aussteuer-Woche.

Tanz-

und Gesellschafts-Anzüge in solider und elegantester Ausführung

Vorzügliches Passen der gelieferten Sachen und ungewöhnliche Preiswürdigkeit sind mein bestes Werbemittel

Mannheimer
 Breiter Weg 120, 1.

Jalousien, Rolläden, Fußbodenholzmatten
 Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
 gegründet 1871.
 Magdeburg, Geißstraße 24, Tel. 922.

Der Clou des diesjährigen Karnevals ist die
Große Redoute
 am Dienstag, 2. Februar, abds. 7 Uhr, im
Hohenzollern-Park

Konfirmanden-Anzüge
 empfiehlt Konfektionshaus
Deutsche Herrenmoden
 Breiteweg 136, gegenüber d. Rathausplatz.
 Bekannt billige Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Hotel und Restaurant „Weisser Bär“
 Bekannt gute Küche.
Pilsener Urquell
Münchener Spatenbräu
 Ad. Thurnagel.

D. D. B.
 Fernsprecher 8095

AAAAAA
Inserieren bringt Erfolg!
 VVVVVV

9 Pfund
la Eiberfettkäse
 ca. 20% - Milch 67,5% Fett.
Dampfzuckerfabrik
 Rendsburg.



Freunde werbt Leser!!

Inventur-Ausverkauf ab Freitag, 29. Januar
fabelhaft billige Angebote.



Rheingold

Otto-v.-Guericke-Str. 12
 Ecke Kölner Straße.
 2 Minuten vom Hauptbahnhof

Zur Fürstenabfindung in Oldenburg.

Drei Millionen Mark für die Seitenprünge des Grafen Anton Günther.

Aus Oldenburg wird dem „Demokratischen Zeitungsdiens“ geschrieben: Für das Land Oldenburg ist seinerzeit bei der Auseinanderlegung mit dem früheren Großherzog eine Regelung gefunden worden, die als befriedigend angesehen werden kann. Das gesamte Domanium ist dem Staate zugefallen. Die damalige Regierung hat im Interesse des Landes richtig gehandelt, indem sie so reich als möglich eine Auseinanderlegung mit dem Großherzog durchsetzte, die von dem Landtag dann gutgeheißen wurde.

Es läuft aber zur Zeit noch ein Streit um die sogenannte Bentische Hypothek. Das ist eine etwas merkwürdige Angelegenheit mit folgender Vorgeschichte: Graf Bentid heiratete ein uneheliches Kind des Grafen Anton Günther. Im Jahre 1854 wurde den Nachfolgern dieses unehelichen Kindes bei der Auseinanderlegung zwischen Staatserben und Fürstenrecht drei Millionen Mark zugesprochen, die als Hypothek eingetragen wurden. Vor dem Kriege ist wiederholt der Verkauf gemacht worden, die Hypothek abzulösen. Es war das jedoch nicht möglich, denn der Großherzog und die damaligen Minister haben sich dieser Ablösung widersetzt. Nun aber ist diese Hypothek wie alle anderen Hypotheken entwertet und unterliegt im Höchstfalle der Zwangsversteigerung. Von drei Millionen Mark sind also 750 000 Mark geblieben,

die die braven Oldenburger für die Seitenprünge des Grafen Anton Günther nach wie vor bezahlen mußten. Nun sind aber die Bentids auf den Geschmack gekommen und verlangen nach dem Muster anderer Fürsten, ihrer Maitresses und derer Abkömmlinge die 100prozentige Aufwertung. Wenn jetzt die Gerichte auf Grund alter Rechtsfälle und vergilbter Pergamente über diese Forderungen urteilen sollten, so führt das nicht zu einem im Interesse der Gerechtigkeit und im Interesse des Landes und des Volkes liegenden Ergebnis. Keinem Volk, am wenigsten dem verarmten Volke von heute, kann zugemutet werden, vermeintliche Rechtsansprüche an Familien zu befriedigen, die der Leidenschaft und dem hemmungslosen Sexualleben früherer fürstlicher Herren und Gewalthaber entsprungen sind. So ist es auch mit der Bentischen Forderung.

In diesem Sinne hat auch Oldenburg ein starkes Interesse an der Regelung der Fürstenabfindung durch Reichsgesetz. Es ist eigenartig, daß der Vertreter Oldenburgs im Reichsausschuß des Reichstages über diese Dinge nicht gesprochen hat. Ist er von der Oldenburgischen Regierung nicht unterrichtet worden? Es ist unbedingt nötig, daß die Oldenburgische Regierung sich über die Angelegenheit öffentlich äußert. Falls sie dazu keine Regelung haben sollte, wird der Oldenburgische Landtag eine solche Erklärung fordern müssen.

legenheit zu geben, sich mit den einzelnen Unterlagen über den Verwendungszweck der geforderten Summe vertrauter zu machen, trat nach längerer Aussprache eine kurze Vertagung ein. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß keine Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzes herbeigeführt werden dürfe.

Soziales

Demokraten und Erwerbslosenfürsorge. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde die Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsjahre erörtert. Die Redner der Sozialdemokratischen Partei forderten eine Erhöhung der Säuge durch den Ausschuss. Leber die Aufbringung der Mittel könne man sich im Haushaltsausschuß aussprechen. Abg. Ziegler (Demokrat) erklärte, daß die Demokratische Partei schon bei der Beratung im Dezember durch ihre Anträge gezeigt habe, wie sehr sie eine Erhöhung der Unterstütlungen für notwendig halte. Diese Anträge wären damals schon durchgeführt gewesen und hätten die notwendige Hilfe gebracht. Leider habe die Mehrheit diese Anträge abgelehnt und die Demokratische Partei habe sich wie alle anderen Parteien mit der vorläufigen Regelung abgefunden. Seine Partei habe aber auch in dem Augenblick, als sie die Verantwortung zu übernehmen sich bereit erklärte, durch die von ihrem Führer noch vorgeschlagenen Richtlinien sich für die Erhöhung der Unterstütlungen eingesetzt. Es sei nicht Schuld der Demokratischen Partei, daß diese Richtlinien nicht längst schon der Verwirklichung näher gebracht worden seien. Auch jetzt wäre die Demokratische Partei bereit, an der Lösung der Frage mitzuarbeiten, aber jetzt müsse man, da öffentliche Mittel herangezogen werden müßten, die Stellungnahme der Regierung abwarten.

Demokraten und Beamtenbildung. Beim Abschluß der Haushaltsberatung im Reichstag wurde eine Entschließung der Demokratischen Reichstagsfraktion angenommen, nach der die Reichsregierung ersucht wurde, die Beamtenbildungsbestrebungen mehr als bisher zu fördern. Durch weitgehende Abordnungen von Beamten zu Spezialkursen vorhandener Lehrstätten und durch vorübergehende Beschäftigung von auswärtigen Beamten an Orten mit Verwaltungsaufgaben usw. sind Fortbildungsmöglichkeiten für Beamte geschaffen, an deren dienstlichen Wohnsitz sich keine solcher Lehranstalt befindet. Ferner sind in Städten mit größerem Beamtenpersonalbestand durch Heranziehung geeigneter Beamten und Universitätslehrer besondere Unterrichtskurse in Anlehnung an die Lehrpläne der Verwaltungsaufgaben zu schaffen. Beamten, die solche Fortbildungsmöglichkeiten mit Erfolg benutzt und im Dienst sich bemüht haben, ist Gelegenheit gegeben, in schwierigeren Kenntnissen nutzbar gemacht werden können. Hierbei dürfte sich die Einrichtung von Hilfskassen und die Heranziehung von mittleren Beamten zur Vertretung von Leitern der Lokalschulen und von Referenten in den Zentral- und Provinzialbehörden empfehlen.

Einstufung der Pensionäre. Der Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstages befaßte sich kürzlich nochmals mit den Anträgen der DVP, DVP und des Zentrums über die Einstufung der Pensionäre, die vor dem 1. April 1920 in dem Ruhestand getreten sind. Die Abstimmung wurde ausgesetzt, um eine Erklärung der neuen Regierung entgegenzunehmen. Die nächste Sitzung dieses Ausschusses wird sich mit der Frage des Wohnungsgeldzuschusses an die Pensionäre befassen.

Beförderung älterer Beamten. Der Antrag des Abg. Schuldtz-Steglich (Dem.), die Verordnung aufzuheben, wonach Beamte, die kurz vor ihrer Pensionierung stehen, nicht mehr befördert werden sollen, wird am 14. (Beamten-) Ausschuss angenommen. Die Regierungsvorretter sagten Entgegenkommen zu.

Söderstufung der Kanzleibeamten. Zur 3. Beratung des Haushalts 1926 ist ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag gestellt worden, der verlangt, daß ein Teil der Kanzleibeamtenstellen bei den Ministereien von Gr. VI nach VII und bei den übrigen Behörden von V nach VI umgewandelt wird. Die restlichen Stellen sollen dann im Haushalt 1926 angefordert werden.

Ortslistenverzeichnis. Der 14. Ausschuss beschloß, beim Reichstagspräsidium anzuregen, den im vorigen Reichstag zur Nachprüfung des Ortslistenverzeichnisses eingesetzten Ausschuss wieder neu zu bilden, um die vorliegenden zahlreichen Petitionen auf Höherstufung von Orten zu verabschieden. Abg. Schuldtz-Steglich wünschte bessere statistische Erhebungen und Aufstellung von Grundrissen für die Einreichung von Orten.

Die Dienst- und Urlaubsvorgabe für die Beamten stand auf der Tagesordnung des Beamtenausschusses des Reichstages. Es wurde beschlossen, die Materie abzugeben, damit die neue Regierung zu den Anträgen Stellung nehmen könne. Aus denselben Gründen wurde auch die Beschlußfassung über die Jahressumme zurückgestellt. So wirkt sich die durch die Flucht der Deutschnationalen aus der Verantwortung geschaffene Regierungskrise zum Nachteil der Beamten aus.

Lokales

Magdeburg, den 30. Januar 1926.

Verdiente Ehrung! Mitte Dezember hat der Magistrat beschlossen, die Straße 2 zwischen der verlängerten Bürgerstraße und Hindenburgstraße die Bezeichnung **Hugo Preuß-Straße**

zu geben. Nunmehr hat der Magistrat beschlossen, dem zwischen Abelheid und Göttinger, Kötter- und Oldenbierstraße gelegenen freien Platz an der Wilhelma die Bezeichnung **Damaskusplatz**

zu geben. **Dr. Ecker** spricht am Sonntag den 31. Januar vormittags 11 Uhr im Zirkus, Walter Rathenaustraße. Der Führer des J. R. 3 wird von der Americafahrt des 2. J. 126 berufen.

Parteinachrichten

Neue Vorstandsmitglieder der Deutschen Demokratischen Partei. In der letzten Vorstandssitzung der Deutschen Demokratischen Partei wurden als Vorstandsmitglieder hinzugezogen: Oberbürgermeister Köpcke-Berlin, Reichstagsabgeordneter Lemmer, Chefredakteur Georg Bernhardt, Dr. Martin Garbe, Chefredakteur Dr. Gustav Stolper, Direktor J. Stern, Uhrmacher Krell, Magdeburg, Dr. Leon Zeitlin.

Bezirk Magdeburg

D. D. P. (Geschäftsführender Aussch.) Sitzung Montag den 8. Februar, abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammlich.) Dienstag den 2. Februar abends 8 Uhr: Hotel „Weiher Wärd“, Weinstraße 6. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Stadteilgruppe Altstadt: Mittwoch den 3. Februar abends 8 Uhr Hauptversammlung im „Selvederer“, Fürstentwall 5. Redner: Reichstagsabgeordneter Ziegler. Anschließend gemütliches Beisammensein und Tanz. Gäste willkommen!

Gruppe Magdeburg. Sonntag den 7. Februar vormittags 11 Uhr in der Freundschaft, Bräutchenstr. 32. Referat über die politische und wirtschaftliche Lage. Redner: voraussichtlich Staatspräsident an D. Hummel. Wir bitten unsere Mitglieder, diese Versammlung zu besuchen. Freunde unserer Partei sind herzlich willkommen.

Magdeburg. Schon wieder haben wir den Tod eines Mitgliedes zu beklagen. Herr Kaufmann Koganz ist nach kurzem Krankenlager verstorben und am Sonntag zur letzten Ruhe getragen worden. Wir verlieren einen treuen Anhänger, dessen Andenken von uns bewahrt wird.

D. D. P. Magdeburg. Die Ortsgruppe hielt am vergangenen Sonntag einen gut besuchten Familienabend in den Räumen des „Hohenzollernparkes“ ab. Landtagsabgeordneter Dr. Bohner gab einen interessanten Bericht über seine Reiseerlebnisse in Norwegen. Auf Einladung der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft hat Herr Dr. Bohner in Staveranger mehrere Vorträge gehalten. Die Aufnahme in Norwegen war eine sehr herzliche und glaubt Herr Dr. Bohner, daß seine Reden zur Stärkung des Deutschums im Ausland und zu dem Ansehen der jungen deutschen Republik wesentlich beigetragen haben. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die Pausen wurden ausgefüllt durch musikalische Darbietungen. Das von Mitgliedern des Magdeburger Schachspielvereins ausgeführte Zugspiel „Mein Vetter Ewald“ fand lebhaften Beifall. Die Mitglieder blieben noch auf einige frohe Stunden beisammen.

Anleihe- und Wirtschaftspolitik in Preußen.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags trat am Montag in die nächste Beratung des am 16. Dezember verabschiedeten Anleihegesetzes ein. Dieses Gesetz verlangt die Bewilligung von 150 Millionen Mark für wachsende wirtschaftliche Zwecke und die Genehmigung, diesen Betrag im Wege der Anleihe aufzunehmen. Der Finanzminister hat inzwischen dem Landtag eine Denkschrift über die gegenwärtige Finanzlage und die Verwendung der bereits im voraus verordneten 70 Millionen Mark unterbreitet. Außerdem waren jetzt besondere Anleihegesetze über den Ausbau des Stettiner Hafens, die Erweiterung des Hülshofens zu Wesermünde, den Ausbau des Emder Hafens, die Ausgestaltung des holländischen Bergwerkes, die Beteiligung an Elektrizitätsunternehmungen, für Bodenverbesserungen auf holländischen Domänen, für Uebarmachung von holländischen Mooren, für beschleunigte private Seides- und Moorlulturierung, für Gewährung von Zuschüssen bei Rentengründungen und schließlich für Arbeiterwohnungen auf den Domänen zur Kenntnisnahme vorgelegt, die vorläufig dem Staatrat zur vorberatenden Entscheidung unterbreitet sind. Der Ausschuss hat sich darin einig, daß man diese besonderen Gesetzentwürfe lediglich als Unterlagen für die Verwendung der angeforderten Mittel behandle und sich vorbehalte, bei etwaiger Bewilligung der Anleihe Summen in ganzen doch später die Verteilung der einzelnen Beträge in den Einzelgesetzen mitteilen zu lassen. In der Aussprache wurde erörtert, ob die Staatsregierung berechtigt gewesen sei, ohne Genehmigung des Landtags die bisher für Fortführung der Bauten verauslagten Beträge zu zahlen. Rein etatistisch wird das von den Rednern des Landtags bestritten.

Finanzminister Dr. Höpfer wies demgegenüber darauf hin, daß es sich nur um die Fortführung von Bauten gehandelt habe, die in der Inflationszeit begonnen und zu denen die damals bewilligten Papiermarkbeträge lediglich Anleihe der pflanzlichen Geldentwertung nicht mehr ausreichten hätten, während die tatsächlich gezahlten Summen sich im Rahmen der damals bewilligten Goldmarkbeträge auch jetzt noch hielten. Auf die Fortführung der Bauten wurde nicht unterrichtet worden. Trotzdem erklärte er sich mit einem Antrag des Berichtserstatters **Siering** (Soz.) einverstanden, der die nachträgliche Genehmigung der bereits verauslagten Beträge vorlag. Diese Indemnität wurde außer von den Rednern der Regierungspartei auch von dem Redner der Deutschen Volkspartei gutgeheißen. Die Volkspartei erklärte sich, ebenso wie die Regierungspartei, auch für die Annahme der Anleihegesetze. Der Redner der Deutschnationalen lehnte die nachgeforderte Indemnität als überflüssig ab und äußerte auch starke Bedenken gegen das Anleihegesetz, da man insofern die vorliegenden als auch die neu angeforderten Beträge durch die bevorstehenden Einzelanleihegesetze bewilligen könne. Diese Ansicht wurde als mit der Verfassung unvereinbar von dem Abg. **Dr. Waentig** (Soz.) und **Zill** (Demokrat) zurückgewiesen.

Einige Redner eine genaue Kenntnis der preussischen Wirtschaftspolitik wünschten, nahm Handelsminister **Dr. Schreiber** das Wort zu einer größeren Rede, in der er eingehende Auskunft über die eigenen Unternehmungen und die Beteiligung des preussischen Staates gab und in der er unter Zustimmung der Ausschussmehrheit feststellte, daß der preussische Staat in dieser Beziehung nicht schlechter gestellt sei als einzelne kommunalverwaltete. Von verschiedenen Seiten wurde angezweifelt, einen Weg zu finden, der es der Regierung ohne normale Bindung ermögliche, solche Wirtschaftskrisen und Unternehmungen in einem Heineren Kreise von Parlamentariern fortlaufend zu erörtern. Um dem Ausschuss Ge-

Landesverband Anhalt. Unter starker Beteiligung tagte am Sonntag, den 17. Januar, in Bernburg der Landesparteiabend der anhaltinischen Demokraten. In den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Baudirektor Dr. Handelstammergebirg aus Dr. Raush und Justizrat Dr. Ujcher, sämtlich aus Dessau. Dem Vorstand gehören an: Dr. Cohn-Dessau, Jeroth-Cöthen, Dr. Rumann-Cöthen, Friede-Cöthen, Wehnitz-Bernburg, Dr. Schwärze-Bernburg, Levi-Bernburg, Kühne-Zerbst, Dr. Bud-Röhlau, Richter-Coswig, Gerlach-Sarggrotte, Hermann-Sarggrotte und Kräter-Dessau. Außerdem wurden in den Vorstand delegiert: Staatsminister Dr. Weber, Bürgermeister Hesse-Dessau, Soubindirektor Lohmann-Cöthen, sowie Medizinrat Dr. Mathias-Bernburg. In den Parteiaussschuß der Gesamtpartei wurde Dr. Raush-Dessau gewählt.

Die Sondertagungen verliefen sehr gut. Staatsminister Dr. Weber sprach über „Siedlung und Pachtacker.“ Redner behandelte eingehend die Siedlung im Reichsland Anhalt.

Zur **Neusiedlung** hat Anhalt zwei Einrichtungen getroffen: Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen und den Landlieferungsverband. Erstere beschäftigt sich mit Kleinsiedlungen, letztere soll größere Güter freihändig aufkaufen und verteilen.

In der **Landpachtfrage** strebt das Ministerium die Friedenspachtfrage an. Jedoch soll dies wohlwollend geschehen.

Die **Gewerbesteuer** behandelt in einer Sondertagung Synodus Dr. Raush. Der Redner erörterte die wichtigsten Bestimmungen, schätzte die Härten heraus und zeigte dann den Weg zur Besserung:

1. Schulden können nicht als Betriebskapital versteuert werden.
2. Kademnie darf nicht kapitalisiert und dann zum Betriebskapital gerechnet und versteuert werden.
3. Kleinere Betriebe müssen steuerlich gesondert werden. In der letzten Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Gewerbesteuer als Sondersteuer für das Gewerbe abzulegen sei. Nur die Not des Staates lasse sie rechtfertigen.

In einer **Beamtenversammlung** behandelte Dr. Schwärze die Forderungen der Beamten. Die Rechtsparteien sind der Beamtenschaft stets feindlich gesinnt. (Inflationsschmelze) Augenberg-Sinnes-Kressel! Auflösung des Beamtenkörpers!) Nur zur Wehrzeit buhlt man um die Gunst der Beamten. Durch das Beamtenratsgesetz wird den Beamten Mitwirkung bei der Verwaltung gewährt. Wir fordern weitere Sicherung der Beamtenrechte und der auskömmlichen Bezahlung. Beamtenwohl ist Staatswohl! An den Beamten ist, alle Zersplitterungsbestrebungen zu unterbinden und nach „Einigkeit und Recht und Freiheit“ zu streben. Die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen Dr. Schwärzes lösten eine große Aussprache, in der besondere Wünsche u. a. zum Schutz der auf republikanischem Boden stehenden Beamten rechtliche Sicherstellung auch der weiblichen Beamten, Verminderung der Bezahlungsguppen, zum Ausdruck kamen.

In sämtlichen Sondertagungen wurden kleine Gruppen gebildet, mit denen der Vorstand und die Fraktion bei der Besprechung einschlägiger Fragen Fühlung nehmen werden, um so stets bis ins Einzelne über die Meinung der Parteifreunde im Lande unterrichtet zu sein.

Dessau. D. D. P. Die Ortsgruppe hielt am Donnerstag, den 21. Januar, die Jahreshauptversammlung ab, die gut besucht war. Dr. Raush wies bei der Eröffnung auf die Wiederkehr der Reichsgründung hin und schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. Landtagsabgeordnete Lohmann-Cöthen gab den Bericht des Parteilages. Der Gesamtvorstand wurde mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. Mit der Aufforderung, für die Partei zu werden, fand die interessant verlaufene Versammlung ihr Ende.

Nächste **Versammlung** 11. Februar. Lichtbildvortrag von Dr. Mathias-Bernburg.

Bezirk Halle.

Die Großstadtpolizei und ihre Arbeit. Das Polizeipräsidium Frankfurt a. M. hat einen Film herstellen lassen, der einen Teil der Tätigkeit der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei zeigt, mit dem Zweck, diese Tätigkeiten dem Publikum näher zu bringen und verständlich zu machen. Dieser Film, welcher den Titel „Die moderne Großstadtpolizei“ trägt, wird in der Zeit vom 4. bis 10. Februar 1926 in Halle im „C. T.“ Lichtspielhaus, Gr. Ulrichstraße, zur Vorführung kommen.

Da der Film zweifellos geeignet ist, das Verständnis des Publikums für die Aufgaben der Polizei zu fördern und so zu einem gedehlichen Zusammenarbeiten beizutragen, können wir unseren Parteifreunden und Bekeren den Besuch der Vorführungen nur empfehlen. Der Film bietet folgende Darstellungen der Aufgaben der Großstadtpolizei und ihrer Arbeit:

- Die Schutzpolizei. — Der Polizeibund — Im Polizeipräsidium. — Schwere und vielseitige ist der Beruf des Polizeibeamten. — Für die Anforderungen und Gefahren seines Berufes muß er ganz besonders seinen Körper schulen. — Jiu Jitsu, die Selbstverteidigung. — Die Zeittunne offenbart die Technik des Jiu Jitsu-Griffes. — Der Verkehrsposten. — Strafreife. — Das Ueberfallkommando. — Einbruch. — Aus der Tätigkeit der Kriminalpolizei. — Die Lehrschiende des Kriminalbeamten. — Das Kriminalmuseum. — Spielfische. — Falschmünzerei. — Falschmünzerei. — Im Scheunenviertel. — Polizeipräsidium. — Der Erkennungsdienst. — Fingerringe. — Beim Polizeiphotographen.

Wie die Technik des von Erkennungsdienst wichtige Helferin des Kriminalbeamten ist, so ist sie von ebenso großer Bedeutung für die Wortkommision, die ausgerüstet mit den modernsten Einrichtungen zur Sicherung der Tatortspuren Tag und Nacht bereit ist, ihre schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen.

Deutsche Friedensgesellschaft e. V., Ortsgruppe Halle. Der in der Mitgliederversammlung am 22. d. Mts. neugewählte Vorstand legt hier wie folgt zusammen: Vorsitzender: Fabiolt; Schriftführer: Wege, Weis; Kassierer: Frau Krauer; Frau Merzbach; Beisitzer: Rechtsanwalt Hof, Kemid; Beisitzer mit beratender Stimme: Müller (als Vorsitzender des Parteivorstandes). Ausgeschieden ist Frau Grün-Dessau wegen ihres Wegzuges von Halle. — Der Beitrag für 1926 wurde auf vierzehnjährig mindestens eine Mark festgelegt. Die Mitgliederversammlungen finden jeden dritten Montag im Monat im großen Zimmer des „Schwarzen Bären“ statt.

Der Vorsitzende gab einen Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr und legte einen Arbeitsplan für die nächsten Monate vor. Die Entwicklung der Ortsgruppe ist zufriedenstellend.

Bitterfeld. (Hauptversammlung der hiesigen Ortsgruppe der D. D. P.) Am 22. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Nach dem durch den Schriftführer erstatteten Jahresbericht wurden im Jahre 1925 9 Mitgliederversammlungen und 7 Vorstandssitzungen abgehalten. Außerdem wurde ein Kreisparteitag abgehalten. An Vorträgen wurden gehalten: „Soziale Organisation und Neutralität“ sowie „Das Wesen der Hilsfschule, ihre Bedeutung und die Notwendigkeit ihrer Einrichtung“. Dann handelte es sich um die letzten Kreispartei- und Provinziallandtagswahlen, um die Wahlen zum Reichspräsidenten, Berichte über die verschiedenen Vorstandssitzungen des Bezirksverbandes in Halle u. a. Bei den letzten Kreisparteiwahlen hatten wir eine besondere Liste aufgestellt und ist es gelungen, zwei

Der ist nicht stark,
der in der Not nicht fest ist.

Kandidaten (Stadttrat G. Dietrich-Bitterfeld und Gemeindevorsteher Meyer-Holzweilig) in den Kreisrat zu wählen. Der Schatzmeister gab den Ratenschaft. Bei den am vorgenannten Vorstandswahlen wurden fast alle Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes wiedergewählt. — Dann nahm die Verammlung Stellung zu einem von der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ eingegangenen Schreiben. In diesem werden die in diesem Jahr stattfindenden größeren Veranstaltungen des Reichsbanners mitgeteilt, wozon ein am 13. Juni stattfindendes größeres Sommerfest und die am 7. und 8. August festgelegte Veranlassung des Jahresfestes ist, der möglichst die gesamte republikanische Bevölkerung dazu zu vereinigen. Die Verammlung beschloß einstimmig, sich offiziell an dem Sommerfest zu beteiligen. — Für die am 17. Februar stattfindende nächste Mitgliederversammlung soll der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Amtsleiter Frl. Renker-Halle, zu einem Vortrag gemonnen werden.

Die Bezeichnung „Frau“. Die von Helene Lange und Gertraud Bäumer herausgegebene Monatschrift „Die Frau“ macht darauf aufmerksam, daß die Bezeichnung „Frau“, was vielfach nicht bekannt ist, in den meisten deutschen Ländern ohne weitere Formalität auch vom Unverheirateten geführt werden kann. Früher wurde auf Verlangen eine ausdrückliche Genehmigung zur Führung dieser Bezeichnung erteilt. Hamburg hat dieses hilfswegende Gestalten erst vor kurzem beschlossen; Sachsen erkannte an, daß die Behörden es bei großhägigen Amteheiraten nicht zu beanstanden haben, „sofern keine offenkundige Absicht der Täuschung über den Familienstand vorliegt“. Das Preussische Ministerium des Innern ist der gleichen Auffassung; es hat schon in einer Verfügung vom Juni 1919 anlässlich eines Einzelfalles bestimmt: „Die Bezeichnung „Frau“ für Angehörige des weiblichen Geschlechtes ist nicht gleichbedeutend mit „Chefrau“. Sie ist weder eine Personensstandsbezeichnung, noch ein Teil des Namens, noch ein Titel, der verliehen werden müßte oder könnte. Es kann deshalb auch jeder feiner Frau verwendet werden, sich „Frau“ zu nennen.“ — Mit diesen Erklärungen wird aber ein Recht auf die Führung der Bezeichnung „Frau“ nicht begründet. Es bleibt der Sitte überlassen, sie allgemein üblich zu machen.

Briefkasten

Magdeburg L. Sch. Herr Landtagsabgeordneter Jordan teilt uns mit, daß er von der Wirtschaftspartei nicht aufgefordert wurde, sein Mandat niederzulegen. Auch sei die Behauptung, daß Jordan von der Wirtschaftspartei vollständig festgelegt worden, dem Herrn des Magdeburger Gastwirtes entnommen, der durch Verbreitung solcher oder ähnlicher Gerüchte immer noch glaubt, das Mandat zu erlangen. — Wenn Sie andere schriftliche Unterlagen haben, bitten wir um Vorlage.

Neue Bücher

„**Wühender Wühmann**“, 1000 Witze von Ernst Barfk, 280 Seiten, Titelbild von Koch-Gotfa, Preis gebunden 3.50 Mark. Max Helles Verlag, Berlin W. 15.

Ein gutes Wühbuch ist selten. Das vorliegende macht seinem Titel alle Ehre. Die 1000 Witze und Anekdoten sind durchwegs schlagend, mit feiner herausgearbeiteter Pointe. Der Autor hat, wie er angibt, keine Witze auf zwanzigjährigen Bezirksfesten an Stammtischen, im Eisenbahnstiel, auf Wanderungen, an Bord des Schiffes, im Kaffeehaus, auf Feiertagsfesten, in den Gauderäben der Kabarets und Varietes gesammelt. Man kann sich darnach ungefähr denken, wach mannigfaltige gute, herzerquickenden Humors, die sich und anderen fröhliche Stunden bereiten wollen, seien auf dieses lustige Buch hingewiesen.

Wilhelm Kobelt
Telefon 7282 **Börplatz** Telefon 7282

H. Fleisch- und Wurstfabrik

Siebert & Wurbach : Magdeburg.
Inhaber: Richard Siebert

Große Mühlstraße 16. Fernsprecher 7230
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen

Deutsche Einheit

Herausgegeben von Reichsdichter A. D. Graf Bernstorff
M. d. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.

Frei-Werk-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 4 RM.

Homböpatische Biochemische
Krankenbehandlung

Massen, Magdeburg,
Pöhlentstr. 14/11, Ecke Himmelsriedstr.
Sprechst. 9—4 Uhr; Sonntags 9—11 Uhr
Donnerstags keine. Harnuntersuchung

Meyer Michaelis
Gebr. 1864 Magdeburg Gebr. 1864
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424

Günstigste Bezugsquelle
für Sohl-, Oberleder u. sämtliche
Schuhmacher-Bedarfsartikel

Wohin gehe ich?

Salzquelle: Konzert — Tanzkränzchen.
Freundschaft: Gesellschaftsball.
Weißer Bar: Bekannt gute Küche.
Hohenpöhlenpark: Dienstag, den
2. Februar 1926: Redoute.

Denken Sie daran
Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Keine Schuhe dir entz
Sind
schon
zu
spät

Belobl. Anhalt
„Eis“
Eing. Schwanstr.
gegenüber der Dreiecksbr.

Preis:
Herrenschuh 2.00 Damenstiefel 1.00
Damenstiefel 1.75 Damenstiefel 0.75

Spezialarbeiten für Schuhmacher
u. Gas (Reparaturen) für Straßen- u.
Gesellschaftliche, Demoschuhmacher

Welle Schömann!

Stärkt die Demokratie!

Der dem Vaterlande nützen will,
für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt,
der recht zur gemeinsamen Arbeit
allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name: _____
Vorname: _____
Beruf: _____
Wohnort: _____ Nr. _____
Straße: _____
Bemerkungen: _____

[Ausgefüllt einzusenden an die
Deutsche Demokratische Partei
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße 21,
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

